

Kleine Anfrage Ursula Stöckli (FDP): Rechtsbrüche im Tiefbauamt – wie findet in Zukunft die Qualitätssicherung statt, um ausnahmslos die Einhaltung der Einsprachefristen sicher zu stellen?

Einführung

Trotz zweier, bereits eingereichter Vorstösse¹ hat die Stadt Bern wiederholt das Recht verletzt. Sie hat eigenmächtig und unrechtmässig Verkehrsmassnahmen umgesetzt, trotz hängiger Beschwerdeverfahren und teils sogar schon vor Ablauf der Rechtsmittelfrist. Sie hat Signale und Markierungen früher angebracht oder länger stehen lassen, als zulässig gewesen wäre und bauliche Massnahmen ohne Baugesuch umgesetzt. In mehreren Verfahren hat die Stadt selbst ein Fehlverhalten einräumen und Markierungen oder Signale wieder entfernen müssen. Sie tat dies allerdings erst, nachdem Beschwerdeführende die fehlerhaften Abläufe aufgedeckt hatten. Mehrmals brauchte es erst einen entsprechenden Entscheid des bernischen Verwaltungsgerichts oder der BVE.

Die Zahl dieser Vorfälle ist beachtlich, was unlängst auch den Kanton Bern zu einer Rüge veranlasst hat. Die Stadt hat das Gesetz umgangen, um auch ihre Verkehrsziele zu erreichen. Die Stadt Bern hält sich also nicht an wichtige Rechtsgrundsätze. Private wie auch Firmen müssen sich darauf verlassen können, dass die öffentliche Hand grundlegendes Recht einhält. Es kann nicht sein, dass volkswirtschaftliche Leistung aufgewendet werden muss um ein, an sich selbstverständliches, Verhalten von der öffentlichen Hand einzufordern. Ungeachtet des Themenbereichs ist es schlicht inakzeptabel, dass sich die Bürger nicht auf ein rechtlich korrektes Verhalten der Stadt Bern verlassen können.

Wir bitten den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Massnahmen sind konkret vorgesehen, um zukünftig die Qualitätssicherung bezüglich Fristeinhaltung zu gewährleisten?
2. Daraus: Wie findet die Kontrolle, der in der Antwort auf die kleine Anfrage eingebauten, zusätzlichen Sicherungsmassnahmen statt?
3. Welche Abteilung/Organisationseinheit hat in Zukunft in obigen Belangen den Lead und die Verantwortung?

Bern, 11. Juni 2020

Erstunterzeichnende: Ursula Stöckli

Mitunterzeichnende: -

¹ 12.12.2019 Kleine Anfrage Oliver Berger, Christophe Weder (FDP) und 17.10.2019: 20191017 Parlamentarischer Vorstoss: Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Janosch Weyermann, SVP).